



 **Pressemitteilung**

Kommunikation ● 11.06.2026

## GVB: Enteignungsdebatte löst kein Wohnungsproblem – sie verschärft es

### Wohnungsbau statt Symbolpolitik: Eigentum schützen, Investitionen ermöglichen

Die aktuelle Debatte über Enteignungen großer Wohnungsunternehmen in Berlin ist aus Sicht des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB) ein Irrweg. Sie setzt an den falschen Stellen an und gefährdet zugleich die Voraussetzungen für dringend benötigte Investitionen in neuen Wohnraum.

„Deutschland hat kein Verteilungsproblem, sondern ein massives Angebotsproblem auf dem Wohnungsmarkt. Wer mehr bezahlbaren Wohnraum will, muss bauen und nicht bestehende Wohnungen umverteilen“, erklärt GVB-Präsident Stefan Müller am Donnerstag in München.

### Rechtssicherheit beim Eigentumsschutz

Hintergrund ist ein erneuter Vorstoß aus Berlin, der auf landespolitischer Ebene vorangetrieben wird, während zugleich mehrere Länder – darunter Bayern – darauf drängen, die gesetzlichen Spielräume für solche Enteignungen auf Bundesebene klar zu begrenzen. Der GVB begrüßt ausdrücklich, dass sich die Bayerische Staatsregierung hier klar positioniert und für Rechtssicherheit beim Eigentumsschutz eintritt.

Enteignungen schaffen keine einzige neue Wohnung, binden aber erhebliche öffentliche Mittel, die für Neubau und Modernisierung fehlen. Gleichzeitig senden sie ein fatales Signal an Investoren und finanzierende Banken: Eigentumsrechte werden politisch unsicher, hohe Investitionen unattraktiver. Gerade im Wohnungsbau, der kapitalintensiv und langfristig angelegt ist, sind verlässliche Rahmenbedingungen jedoch entscheidend.

### Engpass bei Baukosten, Regulierung und langwierigen Genehmigungsverfahren

Die Praxis zeigt ein anderes Problem: Die Finanzierung steht grundsätzlich zur Verfügung, ebenso besteht weiterhin eine hohe Nachfrage. Doch gebaut wird zu wenig, weil Projekte sich angesichts hoher Kosten, komplexer Vorgaben und unsicherer Rahmenbedingungen oft nicht mehr rechnen. Der Engpass liegt damit nicht beim Geld, sondern bei der

Umsetzung, insbesondere bei Baukosten, Regulierung und langwierigen Genehmigungsverfahren.

Vor diesem Hintergrund wirkt die Enteignungsdebatte wie ein zusätzlicher Bremsklotz. Sie verstärkt die Unsicherheit und erschwert Investitionen weiter. „Wer die Wohnungskrise ernsthaft bekämpfen will, muss die Ursachen angehen: zu wenig Angebot, zu wenig Tempo, zu wenig Investitionen. Symboldebatten helfen niemandem.“

GVB fordert Rückbesinnung auf die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft

Der GVB fordert eine Rückbesinnung auf die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft: einen verlässlichen Schutz des Eigentums, spürbaren Abbau bürokratischer Hürden und schnellere Genehmigungsverfahren, Entlastungen bei Bau- und Erwerbsnebenkosten sowie stabile und planbare Förderbedingungen. Auch regulatorische Vorgaben, die die Finanzierung unnötig verteuern, müssen überprüft werden.

„Die Volks- und Raiffeisenbanken stehen bereit, den Wohnungsbau zu finanzieren. Jetzt ist die Politik gefordert, die richtigen Rahmenbedingungen zu setzen. Denn klar ist: Mehr Wohnungen entstehen nur dort, wo gebaut wird – nicht dort, wo enteignet wird.“



## **Dr. Gerald Schneider**

Pressesprecher

Mitgliederentwicklung und Kommunikation > Medien und Kommunikation

☎ +49 (89) 2868-3401

@ presse@gv-bayern.de